



Newsletter

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



© Fotostudio Liebhart

Sehr geehrte Damen
und Herren,

die Nachwirkungen
des Terroranschlags
der Hamas auf Israel
am 7. Oktober 2023
sind ungebrochen.

Das betrifft die dramatische Situation im Nahen Osten: Noch sind über 100 Menschen in Geiselhaft der Hamas, Israel war zu einem Verteidigungskrieg gegen die palästinensischen Terroristen gezwungen. Die Menschen im Gaza-Streifen leiden weiterhin unter dem von der Hamas begonnenen Krieg, und die Aktionen der radikalislamischen Hisbollah im Süden des Libanons gegen Israel haben zu einer weiteren Eskalation geführt. Und mit Syrien kann sich trotz der Beseitigung der Diktatur von Baschar Hafiz al-Assad eine neue, anhaltende dritte Frontlinie für den Staat Israel ergeben.

Die Folgen des Terroranschlags sind auch in der Bundesrepublik Deutschland dramatisch. Die antisemitischen Straftaten sind in Deutschland und in Bayern in die Höhe geschossen, in der Bundesrepublik erfassten die Sicherheitsbehörden in den ersten drei Quartalen 2024 über 3.200 antisemitische Straftaten, in Bayern im gleichen Zeitraum 370.

Das ist erschreckend.

Spaltung innerhalb der deutschen Gesellschaft

Weltweit, auch in Deutschland und in Bayern, haben die Vorgänge im Nahen Osten zu Kontroversen geführt, die den weiten Rahmen der grundgesetzlich garantierten Versammlungs- und Meinungsfreiheit voll ausgeschöpft, gelegentlich auch überschritten haben.

Den markantesten Fall in München, das vermeintlich propalästinensische Camp vor der Ludwig-Maximilian-Universität, haben wir im letzten Newsletter beleuchtet. Anfang November berichtete eine Zeitung darüber, dass die Aktivisten des Camps Kontakte zu Hamas-Angehörigen unterhalten. Nach vielfacher Intervention, auch von meiner Seite, hat die Verwaltung der Landeshauptstadt München eine Verlegung des Camps angekündigt. Im November hoben es die Betreiber selbst auf – aus meiner Sicht ein Erfolg des steten Einsatzes von vielen, insbesondere auch der dauerhaften Präsenz von Demonstranten für die Sache Israels.

In der jetzigen Lage scheint Dialog nur sehr schwer möglich zu sein. Der Versuch eines ehemaligen Bundestagsabgeordneten der FDP in München, den Geschäftsführer der Europäischen Rabbinerkonferenz und einen bekannten palästinensischen Aktivist zum Gespräch an einen Tisch zu holen, ging Ende November in der aufgeladenen Stimmung unter den Besuchern ins Leere. Am Ende verließ der jüdische Vertreter den Saal - aufgrund der für ihn bedrohlichen Lage.

Spuren von Hoffnung

Hoffnung für Jüdinnen und Juden vermittelt die Solidarität bestimmter Teile

In dieser Ausgabe lesen Sie:

<i>Editorial</i>	<i>Titelseite</i>
<i>Pro-Palästina-Camp aufgelöst</i>	3
<i>Engagement gegen Antisemitismus</i>	4
<i>Kooperation mit Bayerischer Polizei</i>	5
<i>Wie viel „Nie wieder“ steckt im Grundgesetz</i>	6
<i>Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung</i>	7
<i>Starkes Zeichen der Solidarität</i>	7
<i>Antisemitismuskritische Bildung</i>	8
<i>Kultur unter Beschuss</i>	9
<i>Netzwerk jüdisches Franken</i>	11
<i>Sinti und Roma Holocaust-Gedenktag Auschwitz</i>	12
<i>Hans Scholl und die Weiße Rose</i>	13
<i>Impressum</i>	13

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

der bayerischen und bundesdeutschen Gesellschaft, die sich ebenso wie die tonangebenden Politiker der Staatsräson des „Nie wieder“ verschrieben haben und diese auch praktizieren – ohne deswegen zu übersehen, dass auch die Handlungen der israelischen Regierung kritisiert werden dürfen. Die Resolution des Bundestags zur Förderung jüdischen Lebens und zum Kampf gegen Antisemitismus, aber auch die der Fraktionen demokratischer Parteien im Bayerischen Landtag stehen für Solidarität mit den Menschen in Israel – und zwar ohne das Leid von Palästinensern im Gaza-Streifen zu übersehen. Die beiden Resolutionen kann man durchaus als Schritt auf dem Weg zu einer Verankerung des Schutzes jüdischen Lebens im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung deuten, wie ich sie mehrfach angeregt habe.

**101 Geiseln
immer noch nicht
heimgekehrt**

Hoffnung zeigt sich auch im Engagement von vielen haupt- und ehrenamtlich Tätigen in Deutschland und Bayern, die sich die Förderung des jüdischen Lebens auf die Fahnen geschrieben haben und ihre Arbeit auch beim Netzwerktreffen des Landesvereins für Heimatpflege und der Geschäftsstelle des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus der bayerischen Staatsregierung im Sommer in Nürnberg vorgestellt haben.

Hoffnungszeichen gibt es, wenn Partnerschaften zwischen bundesdeutschen und israelischen Kommunen und Einrichtungen weiterentwickelt werden, etwa die zwischen Landsberg am Lech und dem Ghetto Fighter House im Norden Israels, das auch an die Shoah erinnert, aber eben auch an den Neuaufbruch jüdischen Lebens in höchst schwieriger Zeit nach 1945.

**Bildung kann das Tor zu Toleranz
und Miteinander öffnen**

Hoffnung erwächst langfristig aus den vielfältigen Anstrengungen, durch Bildungs- und Informationsarbeit Prävention gegen antisemitisches Denken und Handeln voranzubringen. So haben wir dieses Jahr eine Initiative angestoßen, um mit Unternehmen über Antisemitismusprävention ins Gespräch zu kommen. Dem Thema „Antisemitismuskritische Bildung“ haben wir uns in Kooperation mit der Hanns Seidel Stiftung in München gewidmet. Ein positives Beispiel wurde auch durch die Ernennung von Antisemitismusbeauftragten an den bayerischen Hochschulen durch Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume gesetzt, die ich mit anregen konnte.

Einen Hoffnungsschimmer lässt der Waffenstillstand zwischen Israel und der islamistischen Hisbollah aufkeimen – zunächst für 60 Tage. Auch wenn er bereits ab dem ersten Tag immer wieder an einzelnen Orten und durch einzelne Akteure gebrochen wurde. Anfang Dezember hat auch die Hamas erkennen lassen, dass sie sich ein Stück weit in Richtung Waffenruhe bewegen könnte. Freilich sind Hisbollah und Hamas mit dem Iran im Hintergrund keine zuverlässigen Akteure, aber ein kleiner Funke Hoffnung glimmt.

Dass auch Sie hoffnungsvoll in die Zukunft sehen können, das wünsche ich Ihnen kurz vor dem Chanukka-Fest und kurz vor Weihnachten. Gute und erholsame Feiertage wünschen mein Team und ich Ihnen und Ihren Familien ebenso wie ein friedvolles neues Jahr 2025!

Ihr



Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

„Pro-Palästina-Camp“ vor der LMU aufgehoben

Ein halbes Jahr, von Mai bis November 2024, hatten Aktivisten ein „Pro-Palästina Camp“ vor der LMU unterhalten. Mitte November wurde es dann von den Betreibern selbst aufgegeben.

Der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, hatte sich von Anfang an gegen dieses Camp gewandt und vom Kreisverwaltungsreferat der Stadt München die Räumung gefordert. Denn durch dieses wurden, wie es die Universitätsleitung der LMU in einer Erklärung betont hat, „Mitglieder der LMU – gerade auch Personen jüdischen Glaubens – verunsichert“ und „belästigt“. Sie fühlten sich bedroht. Doch die Verwaltungsgerichtsbarkeit hatte auch Bescheide des Kreisverwaltungsreferats München aufgehoben und damit das Fortbestehen des Camps sichergestellt. Einen neuerlichen Vorstoß zum Abbruch des vermeintlich pro-palästinensischen Camps hatte Dr. Spaenle Anfang November unternommen. Er hatte sich dabei auch auf die Berichterstattung einer süddeutschen Zeitung über Vorfälle in dem Camp bezogen. Nach dem Bericht hatten die Betreiber des Camps direkten Kontakt zu Angehörigen der Terrororganisation Hamas, namentlich wurden z. B. zwei Hamas-Terroristen in dem Beitrag genannt. Die Berichterstattung fußte auf Erkenntnissen der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus Mün-



Dr. Ludwig Spaenle mit Bürgerinnen und Bürgern bei der Gegendemonstration. © GSAB

chen. Weitere Vorfälle wurden von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern genannt. Regierungsbeauftragter Dr. Spaenle sah angesichts dieser Tatsachen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die der deutsche Rechtsstaat grundsätzlich schützt, die aber ihre Grenzen im Recht hat, „mit Füßen getreten“. Die Hamas verherrliche Gewalt und habe Menschen mit Gewalt und Mord überzogen. Hetze, Gewaltverherrlichung und Anstiftung zu Aggression und Mord habe in Deutschland nichts zu suchen und dürfe auch nicht geduldet werden, so Dr. Spaenle. Wörtlich formulierte Dr. Spaenle: „Wir dürfen nicht zusehen, wie hier der Verherrlichung von Gewalt und Terror Vor-schub geleistet wird“.

Menschen jüdischen Glaubens sind verunsichert!

Authentische Orte schildern jüdische Geschichte in Franken

Als „beispielhaft“ würdigte Regierungsbeauftragter Ludwig Spaenle die Bemühungen der Gemeinde Untermerz bach und des Träger- und Fördervereins Synagoge Memmelsdorf um den Erhalt und die Restaurierung der Synagogen in Memmelsdorf und in Gleusdorf – beide im Landkreis Haßberge. Beide sind für ihr Engagement

mit dem Deutschen Preis für Denkmalschutz ausgezeichnet worden.

Für Dr. Spaenle steht die denkmalpflegerische Leistung für ein „herausragendes Bemühen um die Erinnerung an das Miteinander von Juden und Christen im ländlichen Raum in Franken“.

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Große Bereitschaft zu Engagement gegen Antisemitismus Nur Ludwig Spaenle bindet die Wirtschaft im Kampf gegen Antisemitismus ein.

Mit einer ganzen Reihe von Firmenbesuchen und -kontakten hat der Beauftragte für Jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, in diesem Herbst seine Wirtschaftsinitiative fortgesetzt. Darunter waren Treffen in bayerischen Dax-Konzernen ebenso wie der Austausch mit Mittelständlern und Familienbetrieben sowie mit Verbänden und Unternehmen der öffentlichen Hand. Als besonders positiv wertete Spaenle die durchgängige Bereitschaft in der Wirtschaft zu Engagement für Demokratie und Gesellschaft und gegen Antisemitismus und Rassismus – sei es durch eigene spezielle Programme, durch Kooperationen oder durch besondere Sensibilität in der Unternehmenspolitik. Zu den Unternehmen, mit denen Spaenle weiteren Austausch und Zusammenarbeit vereinbarte, zählen Weltkonzerne sowie große international aktive Player. Auch mit der Münchner Messe tauschte Spaenle sich aus. Im Jahr 2025 soll es viele weitere Treffen und Kontakte geben. Spaenles Ziel ist die Entwicklung einer abgestimmten Strategie und eines entsprechenden Werkzeugkastens zur Stärkung von jüdischem Leben und der Verhinderung von antisemitischen Vorkommnissen. „Es geht nicht darum, der Wirtschaft irgendwelche Versäumnisse vorzuhalten“, sagt Spaenle. „Wir wollen vielmehr die Chancen nutzen, die wir als weltweit vernetzter Standort haben.“ Die Wirtschaft als Spielfeld internationalen Austauschs, auf dem Millionen von Arbeitnehmern einen großen Teil

Sensibilisierung der Unternehmenspolitik schaffen



Auch bei Tagungen äußerte sich Dr. Ludwig Spaenle zum Thema Wirtschaft und Antisemitismus, wie hier bei einem gemeinsam von der Akademie für politische Bildung und dem Wertebündnis Bayern in Tutzing veranstalteten Treffen. © GSAB

ihrer Zeit verbringen, sieht Spaenle als natürlichen Partner. Als weiteren Pfeiler seiner Wirtschaftsinitiative will Spaenle gleich zu Beginn des neuen Jahres eine gemeinsame Aktion mit der Landeshauptstadt München vorantreiben. Spaenle und der städtische Referent für Arbeit und Wirtschaft, Clemens Baumgärtner, wollen eine gemeinsame Handreichung für Münchner Unternehmen veröffentlichen. In dieser soll es um ganz konkrete Handlungsmöglichkeiten und Kooperationspartner für Münchner Betriebe gehen, die sich für die Stärkung jüdischen Lebens und gegen Antisemitismus engagieren. Hierzu arbeitet das Büro des Beauftragten Spaenle eng mit der Stelle für Kooperation mit Israel in Baumgärtners Referat zusammen. fm

Enge Kooperation mit der Bayerischen Polizei Bayerns Antisemitismusbeauftragter und Sicherheitsbehörden im Austausch

2024 gingen Bayerns Polizei und der Bayerische Antisemitismusbeauftragte Dr. Ludwig Spaenle mit seinem Team einen besonders engen gemeinsamen Weg. Das ergab sich fast zwangsläufig aus der gestiegenen Bedeutung von Sicherheitsfragen nach dem 7. Oktober 2023. Der Antisemitismusbeauftragte stand in engem Kontakt mit Landespolizeipräsident Michael Schwald. Dazu gab es einen engen Austausch mit dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Polizei, Michael Weinzierl, sowie dessen Pendant in der Bayerischen Justiz, Andreas Franck.

war die von Kriminaloberärztin Petra Urban aus dem Innenministerium gemeinsam mit dem Leiter des Instituts, Dr. Walter Buggisch, organisierte Veranstaltung überschrieben. Heraus kam dabei, so Spaenle in seinem Resümee, eine „hochinteressante Vielfalt verschiedenster strategisch gut durchdachter Bemühungen im Aus- und Fortbildungsbereich“.

Besonders deutlich wurden die vielen Bereiche, in denen die Polizei versucht, schon in der Ausbildung demokratische Werte, gesellschaftliche Verantwortung und ganz konkret



Dr. Ludwig Spaenle und Landespolizeipräsident Michael Schwald im Polizei-Ausbildungszentrum Ainring. ©GSAB



Expertinnen und Experten der Polizei und weiterer Behörden diskutieren mit Dr. Ludwig Spaenle über die Ausbildung der Sicherheitskräfte mit Blick auf Kampf gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben. ©GSAB

Zum Ende des Jahres wurde das Netz nochmals enger geknüpft. Im Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring im Berchtesgadener Land trafen sich im Dezember gut 20 Expertinnen und Experten der Sicherheitsbehörden mit Ludwig Spaenle sowie Marcella Reinhardt für den Verband der Sinti und Roma. Als „Erfahrungsaustausch über Maßnahmen bei der Bayerischen Polizei gegen Antisemitismus und Antiziganismus sowie zur Vermittlung jüdischen Lebens“

strategisches Rüstzeug gegen antisemitische Tendenzen zu vermitteln, „nach innen und außen“, wie Präsident Schwald betonte. Es gehe darum, die „drei Vs“ hochzuhalten: Verantwortung, Vertrauen, Verlässlichkeit. Spaenle zeigte sich beeindruckt von der Kooperation der Polizei mit dem Jüdischen Museum Franken, wo sämtliche Auszubildenden eine Fortbildung über jüdisches Leben sowie den Kampf gegen Antisemitismus und Verschwörungstheorien erhal-

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

ten. Besonders interessant war für Spaenle eine Initiative des Polizeipräsidiums München. Dort ist nach einer Bildungsreise in die israelische Holocaustgedenkstätte Yad Vashem ein Multiplikatorenprogramm entstanden: Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben das Erlebte im Dienstunterricht an Kolleginnen und Kollegen weiter. Für Spaenle schließt sich am Beispiel Yad Vashem auch in einer anderen Hinsicht der Kreis: Vor einem Jahr,

Ende 2023, wurde bei einem Besuch des Beauftragten gemeinsam mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder ein umfassendes Kooperationsabkommen zwischen Bayern und Yad Vashem geschlossen.

Ein Ergebnis dieser Vereinbarung startet nun mit einem von Yad Vashem und dem Fortbildungsinstitut Ainring veranstalteten Online-Fortbildungsseminar für bayerische Polizistinnen und Polizisten. fm

Wie viel „Nie wieder“ steckt im Grundgesetz ?

Eine Tagung in Berlin untersuchte rechtliche Möglichkeiten der Antisemitismus-Bekämpfung

Antisemitismusbekämpfung als Staatsziel

In zahlreichen Beiträgen von Fachjuristen und Diskussionen mit Politikern erörterte das Berliner Tikvah-Institut, führend vertreten durch Geschäftsführer Volker Beck, gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, ob, und gegebenenfalls wie sich Antisemitismus mit juristischen Mitteln begegnen lässt. Im Fokus der Tagung Anfang November in Berlin standen Änderungen des Grundgesetzes. Hierzu hatte der bayerische Antisemitismusbeauftragte Dr. Ludwig Spaenle bereits mehrfach eine Aufnahme der Antisemitismus-Bekämpfung als Staatsziel ins Grundgesetz und in die Bayerische Verfassung vorgeschlagen - ein Plädoyer, das er bei der Tagung gemeinsam mit Suanne Krause-Hinrichs (Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung) wiederholte; unter anderem mit dem Verweis darauf, dass der grassierende Antisemitismus derzeit die Grundrechte jüdischer Menschen noch massiver einschränke als dies ohnehin schon im Alltag der Fall sei. Im Hauptvortrag verwies Bundes-

verfassungsrichter a.D. Udo di Fabio auf das sogenannte Wunsiedel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009, in dem die Bundesrepublik als „Gegenentwurf“ zum Nationalsozialismus profiliert worden sei. Di Fabio erklärte, dass Antisemitismus immer auch Feindschaft gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sei und weit mehr als Judenfeindschaft.

Neben konkreten Vorschlägen für Gesetzesänderungen, die aber sehr kontrovers diskutiert wurden, konzentrierten sich Vorträge und Diskussionen auf die Ergänzung sogenannter Staatsziele. Die Aufnahme des Kampfes gegen Antisemitismus in die Landesverfassungen von Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Bremen und Hamburg (in Mecklenburg-Vorpommern steht sie kurz bevor) hat nach dem Urteil von Politikern noch keine durchschlagenden Verbesserungen gezeitigt. Einig war man sich aber, dass auch die eher symbolische Ergänzung der Staatsziele wirksam werden könne. uf

Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung

Das Amtsgericht Weiden in der Oberpfalz hat einen muslimischen Prediger des Islamischen Zentrums Weiden e. V wegen antisemitischer Hetze zu einer sieben-monatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig. Der 37-jährige Mann hatte bei einem Gebet nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 dazu aufgerufen, Juden zu töten, ist einer Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft München zu entnehmen. Das hat der Beschuldigte während des Verfahrens selbst

gestanden. Mit seinen Gebetsrufen vor rund 50 Moscheebesuchern habe er zum Hass gegen Juden aufgerufen. Der Moscheevereine distanziert sich nach Medienangaben von dem Prediger, der den Imam der Gemeinde vertreten hatte. Die Moschee selbst betont, dass sie sich für den interreligiösen Dialog und für ein Miteinander der Religionen einsetze. Das Gericht verurteilte den Prediger auch zu einer Zahlung von 4.000 Euro an die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern). lu

Starkes Zeichen der Solidarität

Die bayerischen Hochschulen ernennen

Antisemitismusbeauftragte

Alle bayerischen Hochschulen haben Antisemitismusbeauftragte ernannt – ein starkes Zeichen der Solidarität mit jüdischen Studierenden und Lehrenden. Ende September 2024 stellten Wissenschaftsminister Markus Blume und Bayerns Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle, die ernannten Beauftragten der bayerischen Hochschule vor. Damit griffen das Wissenschaftsministerium und die Hochschulen den Vorstoß von Regierungsbeauftragtem Dr. Spaenle im Rahmen der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten von Herbst 2023 auf.

Seit dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober werden eine hohe Zahl von israelbezogenen antisemitischen Vorfällen an Hochschulen registriert. Hochschulen sollten ein Ort von freiem und friedlichem Meinungsstreit, von Offenheit in Forschung und Lehre sein, sind sich nicht nur Wissenschaftsminister Blume und Antisemitismusbeauftragter Spaenle einig. Im letzten Jahr ist vielerorts ein Klima entstanden, in dem jüdische und israelische Studierende und Lehrende ebenso wie diejenigen, die

sich mit Israel solidarisch zeigen, eingeschüchtert, bedroht und teils sogar tätlich angegriffen werden.

Die Etablierung der Antisemitismusbeauftragten an den Hochschulen ist aus der Sicht der Hochschulen selbst ein sehr starkes Zeichen nach Innen und Außen. Nach Innen: Künftig haben Menschen jüdischen Glaubens an den Hochschulen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Diese bringen ihre fachliche Expertise in die Einschätzung von Gefährdungssituationen auch in Entscheidungen der Hochschulen mit ein. Ein sehr starkes Zeichen nach Außen: Die neuen Antisemitismusbeauftragten der Hochschulen gesellen sich zu den Antisemitismusbeauftragten der Justiz und der Polizeibehörden dazu und sind wie diese Vorbilder für andere Behörden, Organisationen und Firmen, diesem Beispiel zu folgen.

Bereits im Oktober 2024 begannen die bayerischen Beauftragten gemeinsam, mit Praxisworkshops die Neuerannten umfassend zu schulen. Ziel ist es, ein kraftvolles Netzwerk zu bilden, das Bewusstsein schafft und effektiv handeln kann. jg

**Antisemitismusbeauftragte
jetzt auch an
Bayerns Hochschulen**

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Wirkt Bildung gegen Antisemitismus und – wenn ja - wie?

Fachtagung des Beauftragten für jüdisches Leben und der Seidel-Stiftung in München



Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung. © GSAB

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel Stiftung Markus Ferber, MdEP, sowie der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Dr. h.c. Charlotte Knobloch eröffnete Dr. Ludwig Spaenle am 6. Dezember die Tagung „Neue Wege für die antisemitismuskritische Bildung“ im Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-



Professor Doron Kiesel, Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland. © GSAB

Stiftung. Diese war mit über 120 Anmeldungen voll ausgebucht. Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden und Bildungsträgern, Fachleute aus Ministerien und Behörden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und vor allem zahlreiche engagierte Lehrkräfte suchten Antworten auf die Frage, wie Bildung nachhaltig erfolgreich gegen Antisemitismus wirken kann.

Die aktuellen Herausforderungen – gerade nach dem 7. Oktober 2023 – wurden dabei ebenso in den Blick genommen wie erfolgversprechende Projekte, z.B. das „Zentrum für antisemitismuskritische Bildung“ der Universität Würzburg. Deren Leitung – Prof. Dr. Ilona Nord und Prof. Dr. Doron Kiesel, der Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland – war an der Veranstaltung mit mehreren Beiträgen beteiligt. Dass sowohl in der Problembeschreibung als auch im Umgang mit Antisemitismus auch unterschiedliche Perspektiven vorhanden sind, wurde in einer angeregten und mitunter kontroversen Fachdiskussion deutlich. Am Nachmittag erprobten und diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Workshops Methoden für die Praxis z.B. im Fachunterricht oder im interkulturellen Dialog. Dass durch die Veranstaltung noch nicht alle Fragen beantwortet und alle Bedarfe bedient werden konnten, wurde in der Abschlussrunde deutlich. Deutlich wurde aber auch, wie viel Engagement und Kompetenz viele Lehrkräfte und andere in der Bildungsarbeit Tätige für den Kampf gegen Antisemitismus aufbringen. ch



Podium (v.l.n.r.): Dr. Julie Grimmeisen, Malte Holler, Werner Karg, Desirée Galert, Christoph Huber – digital zugeschaltet Marina Chernivsky

Kultur unter Beschuss - und doch ein Ort des Trostes

Das Tel Aviv Museum of Art

TAMAD e.V., der Verein der deutschen Unterstützer des Tel Aviv Museum of Art, hat uns den folgenden Beitrag von Tania Coen-Uzzielli vermittelt, der Direktorin des renommierten Kunstmuseums. Der Beauftragte wird sich in einer Veranstaltung seiner Reihe „Reden über...“ diesem Thema widmen (s. Terminankündigung unten).

„Das vergangene Jahr war eines der herausforderndsten seit der Gründung Israels im Jahr 1948 und hatte Auswirkungen auf das Tel Aviv Museum of Art und kulturelle Einrichtungen im ganzen Land.

Am 7. Oktober 2023, als Israel mit einer unvorstellbaren Realität konfrontiert war, schloss das Museum seine Türen. Neu eröffnete Ausstellungen blieben sieben Wochen lang leer und still. Aufgrund der Bedrohung durch Raketenangriffe wurden die Galerien für moderne Kunst abgebaut und Kunstwerke in sichere Tresore verlagert. Trotz dieser Herausforderungen erstellte das Kuratorenteam des Museums virtuelle Inhalte, und die

Bildungsabteilung stellte unermüdlich Aktivitätspakete für Kinder von Evakuierten im ganzen Land zusammen. Obwohl das Museum große Fortschritte bei der Wiederaufnahme des Betriebs gemacht hat, ist eine Rückkehr zur „Normalität“ schwer vorstellbar, überschattet von der Notlage der 101 Geiseln in Gaza und der ernüchternden Realität eines langen und schwierigen Krieges. Der Eingang über unseren Platz – jetzt bekannt als „Platz der Geiseln“ – ist zu einem ergreifenden Ort geworden, der von Trauer und Widerstandskraft geprägt ist. Er unterstreicht die Rolle des Museums als Ort des Trostes, der Heilung, der Kontemplation und der Inspiration und spiegelt die Komplexität und Schönheit der israelischen Gesellschaft wider. Die Kunst hat eine einzigartige Fähigkeit, diese Feinheiten einzufangen und kritische Einblicke zu bieten, insbesondere in Krisenzeiten.

Als Reaktion auf die Situation passte das Museum seinen Ausstellungsplan an und führte neue Programme ein, die die aktuelle Realität widerspie-

**„Platz der Geiseln“
ein ergreifender Ort
von Trauer und
Widerstand geprägt.**

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Galerien und Werkstätten in „Heilungsräume“ verwandelt



Tania Coen-Uzzelli, Direktorin des Tel Aviv Museum of Art
© GSAB

geln. Die harte Haltung der internationalen Kunstgemeinschaft gegen Israel hat die israelischen Kulturinstitutionen vor weitere Herausforderungen gestellt, unsere Zusammenarbeit beeinträchtigt und den Zugang zu Leihgaben eingeschränkt. Dies rief uns dazu auf, lokale Künstler zu unterstützen, Ausstellungen zu schaffen, die auf kollektive Traumata reagieren und Plattformen für den Ausdruck bieten. Gleichzeitig schöpften wir aus

unseren umfangreichen Sammlungen und präsentierten Ausstellungen wie „Hold Everything Dear“ mit Drucken und Zeichnungen von Meistern des 20. Jahrhunderts wie Edvard Munch und Joan Miró sowie „To Catch a Fleeting Moment“, die an den 150. Jahrestag der ersten Impressionisten-Ausstellung im Jahr 1874 erinnert. Diese Ausstellung feiert gemeinsam mit führenden Museen weltweit und hat über 130.000 Besucher angezogen und eine dringend benötigte Atempause geboten.

In Anbetracht der Rolle des Museums in diesen Krisenzeiten haben wir beschlossen, die Kunsttherapie als Eckpfeiler unserer Identität zu betrachten und unsere Galerien und Werkstätten in „Heilungsräume“ zu verwandeln, die den tiefgreifenden Einfluss der Kunst auf die Genesung des Einzelnen und der Gesellschaft anerkennen. In der Hoffnung auf bessere Tage freuen wir uns darauf, sinnvolle Kooperationen mit der globalen Kunstgemeinschaft zu erneuern und die lokale Kunst und Kultur weiterhin zu fördern.“

Tania Coen-Uzzielli
Direktorin des Tel Aviv Museum of Art

Am Montag, 17. Februar 2025, setzt der bayerische Antisemitismusbeauftragte Dr. Spaenle seine Reihe „Reden Über“ in Zusammenarbeit mit der LMU München fort. Kooperationspartner ist der Freundeskreis des Tel Aviv Museum of Art (TAMAD e.V.).

Gemeinsam mit Tania Coen-Uzzielli, Direktorin des Tel Aviv Museum of Art, dem Kabarettisten Christian Springer und dem Extremismusexperten Ahmad Mansour wird er über das Thema

„Kunstpause? Deutsch-Israelische Kulturbeziehungen nach dem 7.10.“
sprechen.

Einladungen mit der Möglichkeit zur Anmeldung versenden wir rechtzeitig vor dem Termin.

Jüdisches Leben als Teil der bayerischen Geschichte - „Netzwerk Jüdisches Franken“ richtete Tagung in Fürth aus



Der ‚Laud Machsor‘ entstand um 1260–1280 für eine jüdische Gemeinde in Franken (wahrscheinlich in der Nähe von Frankfurt); © Bodleian Libraries, University of Oxford

Im „Netzwerk Jüdisches Franken“ widmen sich Engagierte bei Museen und Synagogengedenkstätten, in Bildungsarbeit und Heimatforschung dem reichen Erbe der fast tausendjährigen jüdischen Geschichte Frankens. Die zersplitterten Herrschaftsverhältnisse des frühneuzeitlichen Frankens hatten die Bildung von jüdischen Gemeinden vor allem in kleinen Orten und Dörfern begünstigt, als Jüdinnen und Juden gegen Ende des Mittelalters aus Territorialbayern vertrieben wurden. Bis in die NS-Zeit gab es nirgendwo im deutschsprachigen Raum so viele jüdische Gemeinschaften wie in Franken. Die Shoa bedeutete aber auch in Franken das fast vollständige Ende dieser Welt. Umso wichtiger erscheint die Aufgabe, mit ihren Spuren verantwortungsvoll umzugehen. Im „Netzwerk Jüdisches Franken“ sind diejenigen zusammengeschlossen, die diese Spuren jüdischen Lebens sichtbar machen.

Federführend betreut wird das „Netzwerk Jüdisches Franken“ vom

Jüdischen Museum Franken. In dessen Fürther Haus fand Ende November die 7. Tagung des Netzwerks statt. Das Treffen bot eine abwechslungsreiche Mischung aus wissenschaftlichem Input, Vorstellung von Projekten aus Bildungs- und Museumsarbeit sowie Gelegenheit zu Austausch und Vernetzung. Prof. Dr. Lucia Raspe von der Universität Duisburg-Essen sprach über das ungewöhnliche Thema „Zur jüdischen Hagiografie in Süddeutschland“ – die Verehrung heiliger Personen ist dem klassischen rabbinischen Judentum in der Regel fremd. Sie stellte insbesondere die jüdische Anverwandlung der christlichen Emmerams-Legende vor und interpretierte sie unter dem Blickwinkel jüdischer Selbstbehauptung in einer christlich dominierten Umwelt. Meyrav Levy von der Landesstelle nichtstaatlicher Museen widmete sich mit den Machsorim, Gebetbüchern zum Zyklus der jüdischen Feiertage, einem Beispiel für die jüdischen Kulturschätze aus Franken, und führte mit prachtvoll illuminierten Handschriften die Höhe der regionalen Buchkunst vor Augen. Bei den Projektvorstellungen erläuterte Meyrav Levy ihre Beratung für Museen: Diese sollen jüdische Geschichte nicht separat, sondern als Bestandteil der bayerischen Geschichte präsentieren. Die Direktorin des Jüdischen Museums Franken Daniela F. Eisenstein veranschaulichte am Beispiel der Ausstellung „Gentlemen’s Agreement“ in Schnaittach den Umgang mit enteignetem Kulturgut aus jüdischem Besitz. Bei Workshops am Nachmittag konnten Möglichkeiten der Bildungsarbeit erprobt und diskutiert werden – unter anderem ging es um Konflikte und Formen von Aushandlungsprozessen in der jüdischen Gemeinde Fürth und um die Grenzen zwischen legitimer Kritik und Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts.

Mischung aus wissenschaftlichem Input, Vorstellung von Projekten aus Bildungs- und Museumsarbeit

Am 4. Juni 2025 wird das Jüdische Museum Franken gemeinsam mit dem Museumspädagogischen Zentrum und der Geschäftsstelle des Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung eine Tagung zur Unterstützung und weiteren Professionalisierung der Bildungsarbeit an authentischen Lernorten zu jüdischem Leben in Bayern durchführen.

Projektkoordination
Netzwerk Jüdisches Franken
<https://de.juedisches-franken.de/>

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Dr. Spaenle beim Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma in Auschwitz

*Eingefallenes Gesicht
erloschene Augen
kalte Lippen
Stille*

*ein zerrissenes Herz
ohne Atem
ohne Worte
keine Tränen.*

*(Gedicht des italienischen Roma
Santino Spinelli)*

Der 2. August: Offizieller Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma

Auf persönliche Einladung des Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, nahm Dr. Ludwig Spaenle am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Roma und Sinti in Auschwitz teil. Etwa 500 000 Roma und Sinti wurden insgesamt Opfer des national-

sozialistischen Völkermordes. Am 16. Dezember 1942 hatte Heinrich Himmler die Errichtung eines sogenannten „Zigeunerlagers“ in Auschwitz-Birkenau befohlen, im Frühjahr 1943 begann das NS-Regime mit den Deportationen, die letzten dort noch lebenden Inhaftierten wurden keine zwei Jahre später, in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 in den Gaskammern ermordet, 4300 Menschen, meist Frauen und Kinder. Im Jahre 2015 hatte das Europäische Parlament den 2. August zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Roma und Sinti erklärt, der 40 Jahrestag des Genozids war nun ein sehr berührender Gedenktag, an dem auch die EU-Kommissionspräsidentin, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, die Bundesratspräsidentin sowie die Marschallin des Senats der Republik Polen sowie der polnische Außenminister teilnahmen.



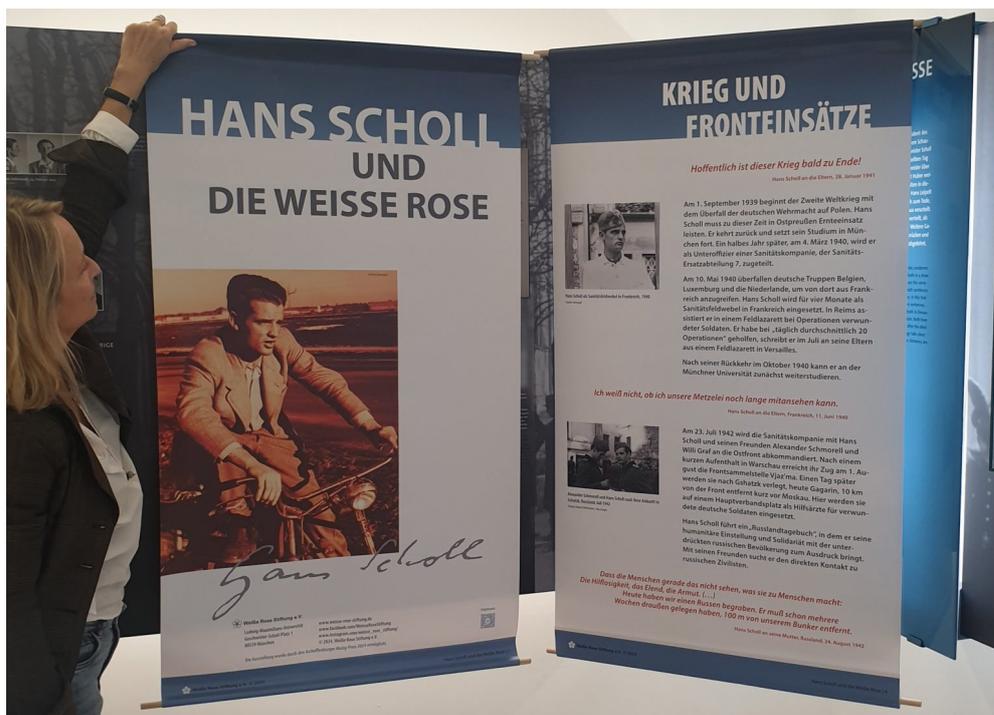
Ludwig Spaenle in der Gedenkstätte Auschwitz © GSAB

Dr. Spaenle hatte, noch als Kultusminister, den Staatsvertrag Bayerns mit dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern vorbereitet, auch nach seiner Ernennung zum Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe hat er dieses Thema weiterhin als einen wesentlichen Bestandteil seiner Aufgaben angesehen. In den Arbeitskreisen der Kultusministerkonferenz zur schulischen Vermittlung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma sowie zum Umgang mit Antiziganismus in der Schule war die Geschäftsstelle des Beauftragten mit einem Mitarbeiter vertreten.

rs

Hans Scholl und die Weiße Rose

10-teilige Wanderausstellung steht zur Ausleihe bereit



©Weiße Rose Stiftung e.V.

Hans Scholl war der führende Kopf der Weißen Rose. Um ihn und Alexander Schmorell bildete sich ein Freundeskreis, der als "Weiße Rose" in die Geschichte eingegangen ist. Flugblätter und Wandparolen waren die Medien ihres Widerstands gegen die NS-Diktatur.

Die Weiße Rose Stiftung erzählt auf zehn Bannern vom familiären Hintergrund Hans Scholls, seinem Medizin-Studium als Sanitätssoldat, seinen Einsätzen an der Front und seinen ethischen und politischen Motiven, die seinen Widerstand begründeten. Hans Scholls Verhaftung, seine Verurteilung und Hinrichtung durch die NS-Justiz machen über das persönlich so bewegende Schicksal hinaus deutlich, wie gnadenlos und fanatisch die NS-Diktatur jede kritische Meinung und Opposition verfolgte. In der Ausstellung wird auch die Verfolgung der Familie Scholl geschildert.

Zielgruppe der Ausstellung sind besonders Jugendliche, die sich erstmals mit dem Widerstand in der NS-Dik-

tatur und der Weißen Rose beschäftigen. Pädagogisches Material wird zur Verfügung gestellt.

Die Weiße Rose Stiftung stellt ferner die große Wanderausstellung "Die Weiße Rose. Der Widerstand von Studenten gegen Hitler, München 1942/43" zur Ausleihe zur Verfügung sowie kleine biografische Ausstellungen zu Sophie Scholl und weiteren Mitgliedern der Widerstandsgruppe. Ausstellungspartner können Schulen, sonstige Bildungsstätten oder auch Kirchengemeinden sein.

Die Hans Scholl Ausstellung wurde mit dem 10. Aschaffenburg Mutig-Preis 2024 ermöglicht. uf

Kontakt:
ausstellung@weisse-rose-stiftung.de

Tel: 089 2180 5350 /-5678
www.weisse-rose-stiftung.de

Beauftragter
der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen
Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit
und geschichtliches Erbe

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

ANSCHRIFT:
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

TELEFON:
(089) 2165 2380

E-MAIL:
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

PRESSE:
Presse.
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

INTERNET:
[www.
Antisemitismusbeauftragter.
bayern.de](http://www.Antisemitismusbeauftragter.bayern.de)

Verantwortlich:
Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

Redaktion:
Ulrich Fritz
Dr. Ludwig Unger

Beiträge:
Ulrich Fritz
Hélène Gleitman
Dr. Julie Grimmeisen
Christoph Huber
Frank Müller
Dr. Ludwig Spaenle
Dr. Ludwig Unger

Bildnachweis:
Wie angegeben

Bildbearbeitung und Gestaltung:
Elke Kapell

Newsletter Dezember 2024